

Schriftlicher Bericht
des Außenhandelsausschusses
(17. Ausschuß)

**über den von der Bundesregierung eingebrachten Entwurf
eines Gesetzes über das Abkommen vom 28. Juni 1955 zwischen
der Bundesrepublik Deutschland und dem Königreich Griechen-
land über Untersuchung und Überwachung von Wein**

— Drucksache 48 —

A. Bericht der Abgeordneten Frau Strobel

Der Außenhandelsausschuß hat in seiner Sitzung vom 29. Januar 1959 den Gesetzentwurf — Drucksache 48 — mit Mehrheit abgelehnt. Der mitberatende Ausschuß für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten hat ihn in seiner Sitzung vom 9. Dezember 1958 einstimmig abgelehnt. In beiden Ausschüssen wurde verlangt, daß die Bundesregierung in neue Verhandlungen mit Griechenland eintritt mit dem Ziel, vor allem

bei den Vereinbarungen über die Untersuchung auf Einfuhrfähigkeit die Worte „in der Regel“ zu streichen und den Verzicht auf die Untersuchung in eine Kannbestimmung umzuwandeln, damit solche Untersuchungen, wenn sie durchgeführt werden, keinen diskriminierenden Charakter haben;

die Geschmacksprüfung in Übereinstimmung mit den weinrechtlichen Vorschriften, auch bei Dessertwein, im Rahmen der Nämlichkeitsprüfung nicht auszuschließen;

die durch das Gesetz zu dem Internationalen Übereinkommen zur Vereinheitlichung der Methoden zur Untersuchung und Beurteilung von Wein eingetretene Lage bei der Neufassung voll zu berücksichtigen.

Die Anregungen, die der Bundesrat gegeben hat und die ebenfalls neue Verhandlungen verlangen, hält vor allen Dingen der mitberatende Ausschuß für berechtigt.

Bonn, den 20. März 1959

Frau Strobel
Berichterstatlerin

B. Antrag des Ausschusses

Der Bundestag wolle beschließen,
den Gesetzentwurf — Drucksache 48 — abzulehnen.

Bonn, den 24. Februar 1959

Der Außenhandelsausschuß
Dr. Serres **Frau Strobel**
Vorsitzender Berichterstatlerin